



Bundesweite Arbeitsgemeinschaft
der psychosozialen Zentren
für Flüchtlinge und Folteropfer

TÄTIGKEITS- BERICHT 2022

Inhalt

1.	Rückblick	3
2.	Psychosoziale Versorgung von Geflüchteten und Überlebenden von Krieg, Folter und Flucht in Deutschland	4
3.	Projekte der BAfF im Jahr 2022	8
	Zusammenarbeit im Forum Menschenrechte	12
4.	Recht	13
	Abschiebungen trotz schwerer Erkrankungen verhindern	13
	Gesetzentwurf Chancen-Aufenthaltsrecht	13
	Rechtliche Beratung	14
5.	Gesundheits- und sozialpolitische Lobbyarbeit	14
6.	Veranstaltungen	15
7.	Publikationen und Veröffentlichungen im Jahr 2022	16
	Connected in Transit. Insights into practical work with refugees and migrants	17
	Positionspapier Sprachmittlung	17
	Leitlinien Sprachmittlung	17
8.	Mitgliedszentren der BAfF	18
	Baden-Württemberg	18
	Bayern	19
	Berlin	19
	Brandenburg	19
	Bremen	19
	Hamburg	20
	Hessen	20
	Mecklenburg-Vorpommern	20
	Niedersachsen	21
	Nordrhein-Westfalen	21
	Rheinland-Pfalz	22
	Saarland	22
	Sachsen	23
	Sachsen-Anhalt	23
	Schleswig-Holstein	23
	Thüringen	23
9.	Vorstand und Geschäftsstelle der BAfF	24
10.	Dank	25

1. Rückblick

2022 war ein ambivalentes Jahr: Die Krisen und die massiven Menschenrechtsverletzungen weltweit wirken sich stark auf unsere Arbeit als Dachverband der Psychosozialen Zentren für Überlebende von Folter, Verfolgung und Krieg (kurz: PSZ) aus. Dazu zählen: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die massiven Repressionen im Iran, die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan, der fast vergessene Bürgerkrieg in Syrien und die Gewaltexzesse in den kurdischen Gebieten und nicht zuletzt das repressive Grenzregime der EU, das dutzende Tote fordert.

Unsere Botschaft lautet weiterhin: Die humanitäre Verantwortung für Menschen, die schwere Gewalt und Verletzungen ihrer Menschenwürde überlebt haben, muss universell gelten. In vielzähligen Stellungnahmen haben wir Gesetzesinitiativen und Regierungshandeln kritisch begleitet. Zuletzt zeigte unsere gemeinsame Positionierung mit Partner*innen gegen die Instrumentalisierungsverordnung, die das Recht an den EU-Außengrenzen massiv beschränkt hätte, Wirkung: Deutschland und weitere EU-Staaten haben ihre Unterstützung für diese Änderungen verweigert.

Der Versorgungsbericht zeigt erneut die enorme Lücke in der Versorgung von geflüchteten Menschen auf: Fast 20.000 geflüchtete Menschen mit oft schweren psychischen Belastungen in Folge von Verfolgung, Folter, Krieg und Flucht werden in den Psychosozialen Zentren, die sich in der BAfF engagieren, jährlich unterstützt. Jedoch reichen die Kapazitäten bei Weitem nicht aus.

Unser primäres Ziel als Bundesverband der Psychosozialen Zentren bleibt die Verbesserung der psychosozialen Versorgung von Geflüchteten und Überlebenden von Krieg, Folter und Flucht in Deutschland. Wir fordern den diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung und den Ausbau der Hilfen für Menschen mit Fluchterfahrung. Dazu stehen wir in engem Austausch mit unseren Mitgliedern, den Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer.

2. Psychosoziale Versorgung von Geflüchteten und Überlebenden von Krieg, Folter und Flucht in Deutschland

Der Versorgungsbericht „Flucht & Gewalt“ der BAfF zeigt, dass Menschen mit Fluchterfahrung in Deutschland nicht angemessen (psycho-)therapeutisch versorgt werden.

Auch im Jahr 2020 war es aufgrund fehlender Kapazitäten und mangelnder Finanzierung nicht möglich, alle Geflüchteten mit schweren psychischen Folgen von Krieg, Folter und Flucht in einem der über 40 Psychosozialen Zentren in Deutschland zu unterstützen. So konnten die Psychosozialen Zentren und ihre Kooperationspartner 2020 nur **4,6 % des potenziellen Versorgungsbedarfs** abdecken und mussten fast 10.000 Personen ablehnen.

Fast neun von zehn geflüchteten Menschen haben schwere Gewalt oder Menschenrechtsverletzungen erlebt. Diese Erfahrungen sowie die diskriminierenden Aufnahmebedingungen in Deutschland haben erhebliche psychosoziale Folgen. Studien gehen davon aus, dass etwa ein Drittel aller Geflüchteten von einer depressiven Erkrankung oder einer Posttraumatischen Belastungsstörung betroffen sind. Bei einer fehlenden Behandlung kann sich der gesundheitliche Zustand dieser Personen deutlich verschlechtern, mit Folgekosten für das Gesundheitssystem und die gesamte Gesellschaft.

Forderungen der BAfF

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Daher muss der Zugang zur Gesundheitsversorgung, speziell für kranke und traumatisierte Geflüchtete, erleichtert werden. Die BAfF fordert daher:

- diskriminierungsfreie gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten für geflüchtete Menschen;
- eine Krankenkassenkarte für alle geflüchtete Personen von Anfang an in allen Bundesländern;
- eine nachhaltige und flächendeckende Finanzierung der Psychosozialen Zentren durch Bund und Länder;
- einen gesetzlichen Anspruch auf Sprachmittlung für Menschen ohne oder mit geringen Sprachkenntnissen in Therapie und Beratung sowie die finanziellen Rahmenbedingungen;
- die Fortbildung von Fachkräften im Gesundheits-, Sozial-, Rechts- und Behördenwesen in diskriminierungskritischer und traumasensibler Arbeit im Kontext Flucht und Menschenrechtsverletzungen u.a. durch Integration dieser Themen in Ausbildungscurricula.

[Der Versorgungsbericht „Flucht & Gewalt“ 2022 als PDF](#)

Zentrale Ergebnisse aus dem Versorgungsbericht „Flucht & Gewalt“ 2022 (Veröffentlichung am 20. Juni 2022)

Deutschland kommt seinen eigenen Verpflichtungen nicht nach.

Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF) stellt seit Jahren fest, dass Deutschland seinen eigenen Verpflichtungen aus internationalen Verträgen (u.a. Allg. Erklärung der Menschenrechte Art 25, UN Sozialpakt Art 12, UN-Antifolterkonvention (Allg. Bemerkungen Nr. 3), Europäische Sozialcharta Art 11, Charta der Grundrechte der EU Art 35 und die EU-Aufnahmerichtlinie 2013/33/EU Art 19) bezüglich der Aufnahme und Versorgung schutzsuchender Menschen nicht angemessen nachkommt. Viele geflüchtete Menschen leben in Deutschland weiterhin jahrelang ohne sichere Bleibeperspektiven und unter teilweise menschenunwürdigen Verhältnissen in Massenunterkünften ohne soziale Anbindung und Teilhabemöglichkeiten. Besonders für Menschen, die traumatische Ereignisse erlebt haben, sind diese Umstände unangemessen und können dazu beitragen, dass sich ihr gesundheitlicher Zustand verschlechtert.

Geflüchteten Menschen fehlen angemessene Zugänge zur Gesundheitsversorgung.

Für geflüchtete Menschen bestehen in Deutschland erhebliche Zugangsbarrieren zum öffentlichen Gesundheitssystem. In den ersten 18 Monaten nach ihrer Ankunft haben sie nur im Falle akuter Erkrankungen und Schmerzzustände Anspruch auf eine medizinische Behandlung. Darüber hinaus verhindern Sprachbarrieren oftmals den Zugang zu Versorgung. Die Nicht-Behandlung gesundheitlicher Beschwerden führt häufig dazu, dass diese sich chronifizieren – mit erheblichen Folgekosten nicht nur für die betroffenen Personen, sondern auch für das Gesundheitssystem und die gesamte Gesellschaft.

Das Angebot der Psychosozialen Zentren ist nicht ausreichend finanziert.

Die PSZ stellen ein spezialisiertes multiprofessionelles Angebot für Menschen mit Flucht- und Foltererfahrungen bereit. Allerdings ist die Finanzierung der PSZ äußerst prekär und erfolgt zum größten Teil aus zeitlich begrenzten Fördermitteln. 2020 stammte der größte Anteil der Gelder aus Landesmitteln (43,3 %). Der Bund (8,9 %) und die Kommunen (9,6 %) waren ungefähr in gleicher Höhe an der Förderung beteiligt. Die Kostenübernahme von Therapien über das Asylbewerberleistungsgesetz, SGB V und SGB VIII, bildete lediglich 3,7 % der Gesamtfinanzierung ab.

Daten aus den Psychosozialen Zentren

Anzahl und soziodemografische Merkmale der Klient*innen

Im Jahr 2020 wurden durch die PSZ **19.352 Klient*innen** versorgt. Über die Jahre ist deren Anzahl kontinuierlich gestiegen. Zwei Drittel der Klient*innen besaßen einen unsicheren Aufenthaltsstatus (Aufenthaltsgestattung oder Duldung) und damit keine klare Bleibeperspektive in Deutschland.

Die Klient*innen der PSZ stammten dabei aus über 100 verschiedenen Ländern. Die zehn häufigsten Herkunftsländer waren: Afghanistan, Syrien, die Russische Föderation, Iran, Irak, Nigeria, Guinea, die Türkei, Somalia und Eritrea. 6,3 % kamen aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten.

Psychosoziale Zentren (Mitgliedszentren der BAfF)

Im Jahr 2020 waren **47 Psychosoziale Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer** aus allen Bundesländern unter dem Dach der BAfF als Bundesverband organisiert.

Sprachmittlung

Die PSZ bieten mehrsprachige und dolmetscher-gestützte Beratung und Therapie an, um eine qualitativ hohe psychosoziale Begleitung geflüchteter Menschen zu gewährleisten. **2020 fand mehr als die Hälfte aller Beratungen/Therapien mit Sprachmittlung statt.** 12,2 % der Beratungen/Therapien konnten aufgrund der Mehrsprachigkeit der Berater*innen bzw. Therapeut*innen in einer Fremdsprache (nicht Deutsch oder Englisch) stattfinden. Ungefähr ein Drittel der Termine fand auf Deutsch oder Englisch statt.

14 | Sprachmittlung bei Beratungen/Therapien

Befragung der PSZ 2020, n=39 PSZ mit 16.117 Klient*innen, Durchschnittswerte, ©BAfF 2022



- 57,2 % Beratung/Therapien mit Sprachmittlung
- 30,6 % Beratung/Therapien auf Deutsch/Englisch (ohne Sprachmittlung)
- 12,2 % Beratung/Therapien in einer weiteren gemeinsamen Sprache von Mitarbeiter*in und Klient*in

Abbildung 1: Sprachmittlung bei Beratungen/Therapien (aus: Flucht & Gewalt“ 2022)

Ungedeckter Versorgungsbedarf

Studien zur Prävalenz psychischer Folgen von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen unter geflüchteten Menschen zufolge sind mindestens 30 % der geflüchteten Menschen von depressiven Erkrankungen oder einer Posttraumatischen Belastungsstörung (Steel et al., 2009; Lindert et al., 2019) betroffen. Somit konnten die PSZ und ihre Kooperationspartner 2020 nur 4,6 % des potenziellen Versorgungsbedarfs abdecken. Diese Versorgungsquote ergibt sich aus den folgenden Daten:

- 1.856.785 geflüchtete Menschen in Deutschland 2020,
- 557.036 geflüchtete Menschen mit Traumafolgestörung (bei 30 % Prävalenz),
- 19.352 Klient*innen in den PSZ,
- 6.113 Vermittlungen an weitere Akteur*innen.

Wartezeit

2020 betrug die durchschnittliche Wartezeit auf einen Therapieplatz in einem PSZ 6,7 Monate (n=39 PSZ mit 16.117 Klient*innen). Damit war sie höher als unter Patient*innen in der gesundheitlichen Regelversorgung (5,5 Monate, Deutsches Ärzteblatt, 2021). Hinzukommt, dass viele PSZ keine Wartelisten führen, weil sie auch dafür keine ausreichenden Ressourcen haben.

Ablehnungen

Über 9.720 Personen, die in den PSZ nach Beratung, Therapie oder sonstigen Angeboten fragten, mussten 2020 abgelehnt werden, meistens aufgrund mangelnder Kapazitäten (n=39 PSZ). Diese Personen konnten weder auf die Warteliste aufgenommen noch in ein anderes Angebot vermittelt werden. In vielen Zentren fehlen jedoch die Kapazitäten, abgelehnte Personen zu dokumentieren, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die tatsächliche Anzahl der Ablehnungen sogar noch deutlich höher liegt.

Finanzierung der Psychosozialen Zentren

Die Finanzierung der PSZ ist äußerst prekär und erfolgt zum größten Teil aus zeitlich begrenzten Fördermitteln. 2020 stammte der größte Anteil der Gelder aus Landesmitteln (43,3 %). Der Bund (8,9 %) und die Kommunen (9,6 %) waren ungefähr in gleicher Höhe an der Förderung beteiligt. Die Kostenübernahme von Therapien über das Asylbewerberleistungsgesetz, SGB V und SGB VIII, bildete lediglich 3,7 % der Gesamtfinanzierung der PSZ ab.

[Der Versorgungsbericht „Flucht & Gewalt“ 2022 als PDF](#)

3. Projekte der BAfF im Jahr 2022

Bundeszentrale Koordinierung, Begleitung des Ausbaus der Versorgungsstrukturen und Qualitätssicherung der Psychosozialen Zentren

Laufzeit: 01.01.2022 – 31.12.2022

Förderung: Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend

Die Förderung ermöglichte uns als Dach- und Fachverband die niedrigschwelligen und multiprofessionellen Angebote der Psychosozialen Zentren zu unterstützen und weiter auszubauen. In drei Bereichen wurden entsprechende Maßnahmen durch die Förderung unterstützt: bundeseinheitliche Qualitätssicherung der Psychosozialen Zentren, bundeszentrale Koordination der Psychosozialen Zentren sowie Begleitung des bundesweiten Ausbaus der Versorgungsstrukturen.

BeSAFE – Besondere Schutzbedarfe bei der Aufnahme von Geflüchteten Erkennen

Laufzeit: 01.01.2022 – 31.12.2022

Förderung: Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend

Im Modellprojekt “BeSAFE – Besondere Schutzbedarfe bei der Aufnahme erkennen” (2021-2022) wurde erstmals ein Konzept zur systematischen und zielgruppenübergreifenden Identifizierung besonders schutzbedürftiger Geflüchteter nach der Aufnahme in Deutschland entwickelt, pilotiert und evaluiert. Im Rahmen des einjährigen Anschlussprojekts im Jahr 2023 “BeSAFE – Skalierung und Vertiefung” sollen die Ergebnisse des Projekts verbreitet und vertieft werden.

[Mehr Informationen zum Projekt](#)

Qualitätssicherung, Dokumentation und Monitoring im interprofessionellen Team (QUANTUM)

Laufzeit: 01.07.2019 – 30.06.2022

Förderung: Europäischer Asyl- und Migrationsfonds (AMIF)

Im AMIF-Projekt „**Qualitätssicherung, Dokumentation und Monitoring im interprofessionellen Team**“ (**QUANTUM**) arbeitet die BAfF gemeinsam mit sechs ihrer Mitgliedszentren daran, die interdisziplinäre Arbeit mit besonders vulnerablen Asylsuchenden zu systematisieren und zu stärken. Darüber hinaus wurde die Dokumentation der Fälle in einer gemeinsam verwendeten Datenbank ausgebaut.

[Mehr Informationen zum Projekt](#)

Vorbild Ukraine? Hilfesysteme der Zukunft

Laufzeit: 01.07.2022 bis 30.06.2023

Förderung: terre des hommes

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat zu einer großen Fluchtbewegung geführt, unter den Schutzsuchenden sind auch viele Kinder und Jugendliche. Das Projekt „Vorbild Ukraine? Hilfesysteme der Zukunft“ befasst sich mit der aktuellen Aufnahmesituation, den Herausforderungen und Chancen für das Hilfesystem sowie der psychosozialen Unterstützung, Schutz vor sexueller Ausbeutung und Beratung zu jugendhilfe- und ausländerrechtlichen Fragen. Hierzu erarbeitet die BAfF in Kooperation mit dem BumF und ECPAT sowie unterstützt von terre des hommes Standards und Handlungsempfehlungen, mit denen auf zukünftige Flucht- und Migrationsbewegungen reagiert werden kann. Dazu sollen Vertreter*innen aus dem Hilfesystem, der Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in die Entwicklung der Standards und Handlungsempfehlungen miteinbezogen werden.

[Mehr Informationen zum Projekt](#)

InTo Justice. Interdisziplinäre Dokumentation und ganzheitliche Rehabilitation von Folter und Folterfolgen (*Interdisciplinary Documentation and Holistic Rehabilitation of Torture*)

Laufzeit: 01.12.2020- 31.12.2022

Förderung: Europäischer Asyl- und Migrationsfonds (AMIF)

Das AMIF-Projekt verbessert die interdisziplinäre Versorgung von Asylsuchenden mit Foltererfahrung in Nordrhein-Westfalen und Hessen und fördert die Vernetzung von Gerichtsmedizin und PSZ bundesweit.

[Mehr Informationen zum Projekt](#)

reflAct! – Hilfesysteme im Dialog

Laufzeit: 01.12.2020 bis 28.02.2022

Förderung: medico international, UNO Flüchtlingshilfe, Heidehof Stiftung, Amnesty International und der Bundespsychotherapeutenkammer

In diesem Projekt geht es um die systematische Aufbereitung und Bewertung sowohl der öffentlich-medialen als auch der fachlichen Diskurse im Spannungsfeld von „**Flucht, Trauma und Gewalt sowie Kultur und Religion**“ auf nationaler und internationaler Ebene.

[Mehr Informationen zum Projekt](#)

Sharing Knowledge and Practices – Professionals from the Western Balkans and Germany on holistic support for refugees and survivors of human rights violations

Laufzeit: 01.10.2021 – 31.10.2022

Förderung: Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Das Projekt zielt darauf ab, die Qualität und Nachhaltigkeit von psychologischen und psychosozialen Unterstützungsdiensten für Überlebende von Menschenrechtsverletzungen (d.h. Überlebende von Menschenhandel, Folter und Flucht) in den westlichen Balkanstaaten und Deutschland zu stärken und zu verbessern. Langfristiges Ziel ist es, durch die Zusammenarbeit von Akteur*innen in den Ländern des westlichen Balkans und in Deutschland ein Netzwerk von gleichgesinnten Fachleuten im Bereich der Verknüpfung von Gesundheitspolitik und Menschenrechten zu schaffen.

[Mehr Informationen zum Projekt](#)

Restoring and sustaining capacities after trauma. Wiederaufbau von Kapazitäten nach erlittener Traumatisierung

Laufzeit: 01.06.2021 – 31.12.2022

Förderung: Auswärtiges Amt

Das Projekt fördert die nachhaltige Zusammenarbeit zwischen russischen, belarussischen und deutschen Nichtregierungsorganisationen und Gesundheitsfachkräften, die Folterüberlebende und Opfer von Menschenrechtsverletzungen unterstützen. Im Rahmen des Projekts wird ein einzigartiges Schulungsprogramm in traumsensibler Arbeit angeboten und dabei die Vernetzung der Gesundheitsfachkräfte gefördert, Feldforschung und Recherche zu menschenrechts- und traumabezogenen Fragestellungen betrieben sowie verschiedene öffentlichkeitsrelevante Maßnahmen implementiert, um Gesellschaften für psychische Traumata und seine Folgen in Situationen akuter politischer und bewaffneter Konflikte zu sensibilisieren.

[Mehr Informationen zum Projekt](#)

Vernetzung

Mitglieder der BAfF: Vernetzung und Stärkung des Netzwerks der PSZ

Im Jahr 2022 konnte die Vernetzung mit den Mitarbeiter*innen der Mitgliedszentren der BAfF weiterhin über Projekte und Vernetzungstreffen ausgebaut werden.

Darüber hinaus bieten die Veranstaltungen der BAfF wie die jährliche öffentliche BAfF-Tagung (im Mai 2022 in Leipzig in Kooperation mit dem PSZ Leipzig), die Mitgliederversammlung mit anschließender interner Tagung sowie andere Veranstaltungen die Möglichkeit zum Austausch.

Außerdem bestehen aus einzelnen Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle und PSZ bzw. einzelnen Mitarbeitenden aus den PSZ Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen, bspw. Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund, Sprachmittlung oder Anerkennung ärztlicher und psychotherapeutischer Expertise in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren.

Positionspapier Sprachmittlung

In einem Positionspapier fordert ein Bündnis aus Verbänden und Organisationen, die Sprachmittlung in Beratung und Therapie sicherzustellen und so geflüchteten Menschen einen diskriminierungsfreien Zugang zu Sozial- und Gesundheitsleistungen zu ermöglichen.

Am 25. April 2022 haben die sechs Organisationen ein gemeinsames Positionspapier zur Sprachmittlung veröffentlicht und an Parlamentarier*innen übergeben, darunter die stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses Kirsten Kappert-Gonthier MdB. Darin zeigen sie die Relevanz von Sprachmittlung in Therapie und Beratung auf.

Eine zentrale Forderung der Verbände ist, die Sprachmittlung für alle Menschen mit Fluchterfahrung als Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung zu verankern. Die Bundesregierung plant bereits, Geflüchtete aus der Ukraine ab dem 1. Juni 2022 mit Leistungen auf Hartz-IV-Niveau zu versorgen. Dieses Vorhaben schließt allerdings den Großteil der Geflüchteten, die in Deutschland leben, aus: Grundsätzlich werden Schutzsuchende mit Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) versorgt und so massiv beim Zugang zum Gesundheitssystem diskriminiert.

Dies kann dazu führen, dass psychische Erkrankungen sich chronifizieren oder verschlechtern. Sprachmittlung ist notwendig, um sprachbasierte Beratungs- und Behandlungstermine überhaupt wahrnehmen zu können.

Neben der BAfF sind folgende Organisationen Teil des Bündnisses Sprachmittlung:

ackpa, Arbeitskreis der ChefarztInnen der Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie an Allgemeinkrankenhäusern in Deutschland

BPTK, Bundespsychotherapeutenkammer

Bundesdirektorenkonferenz, Verband leitender Ärztinnen und Ärzte der Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie (BDK) e.V.

DeGPT, Deutschsprachige Gesellschaft für Psychotraumatologie

dgppn, Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e. V.

[Mehr Informationen zum Positionspapier](#)

Anerkennung ärztlicher und psychotherapeutischer Expertise in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren

Geflüchteten Menschen, die krank oder traumatisiert sind, ist es nicht möglich, den überhöhten Anforderungen an den Nachweis ihrer Erkrankung nachzukommen. Oft bleibt den Personen keine Zeit zur Beibringung von ärztlichen und therapeutischen Attesten bei der Asylanhörnung. So kommt es zu Abschiebungen trotz Krankheit, da schwere Erkrankungen nicht ausreichend im Asyl- und Aufenthaltsverfahren berücksichtigt werden.

Für den Ausschluss der Expertise psychologischer Psychotherapeut*innen besteht kein sachlicher Grund. Hierdurch wurden circa zwei Drittel der Fachkräfte ausgeschlossen, die Stellungnahmen

ausstellen könnten. Für asylsuchende Geflüchtete hat der Ausschluss von psychologischen Psychotherapeut*innen zur Folge, dass sie in der Praxis oft keine Möglichkeit haben, ihren Behandlungsbedarf im Rahmen des Asylverfahrens einzubringen. Dabei sind Geflüchtete, die psychisch krank oder traumatisiert sind, besonders schutzbedürftig und haben einen Anspruch auf besondere Verfahrensgarantien und Versorgung.

Als Dachverband der Psychosozialen Zentren setzen wir uns gemeinsam mit unseren Mitgliedern für die Zurücknahme der Asylrechtsverschärfungen (Asylpaket II von 2016 und das so genannte Geordnete-Rückkehr-Gesetz von 2019) ein. **Dazu gehört auch die Anerkennung von Stellungnahmen im Asylverfahren durch psychologischer Psychotherapeut*innen.**

Eine Neuregelung zu den Stellungnahmen war nicht Teil der Koalitionsverhandlungen, umso schwerer ist es, hier politische Unterstützung zu organisieren. Durch Gespräche mit allen Regierungsfractionen haben wir hier Räume des Austauschs geöffnet.

Europäische Vernetzung

Die BAfF unterstützt im Rahmen ihrer internationalen Arbeit in den Ländern Ukraine, Russland, Belarus, Aserbaidschan und Armenien zivilgesellschaftliche Initiativen von und mit Gesundheitsfachkräften und Aktivist*innen, die sich vor Ort um Opfer von Krieg und Gewalt kümmern. Ein besonderer Fokus liegt auf der Hilfe für Helfer, die bereits vor dem Krieg wenig Unterstützung erfahren und nun in ihrer Arbeit konstant über ihre eigenen Grenzen gehen. Welche Hilfe brauchen sie? Wie können sie angesichts von Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen und grenzüberschreitenden gesellschaftlichen Polarisierungen ihre tägliche Arbeit aufrechterhalten?

Darüber hinaus wurde im Jahr 2022 die Zusammenarbeit von Akteur*innen in den Ländern des westlichen Balkans und in Deutschland gestärkt und so ein Netzwerk von gleichgesinnten Fachleuten im Bereich der Verknüpfung von Gesundheitspolitik und Menschenrechten geschaffen. Durch eine Reihe von Online-Austauschen sowie Studienreisen nach Deutschland (Mai 2022) sowie Bosnien und Herzegowina und Serbien (Juli 2022) konnte eine Gruppe von Praktiker*innen aus den drei Ländern Kontakte knüpfen sowie Expertise und Wissen austauschen. Die konstruktiven Erfahrungen zeigen die zentrale Bedeutung des transnationalen Austauschs zwischen den sogenannten Transit- und Aufnahmekontexten. Die Erkenntnisse sind in der Publikation „Connected in Transit“ veröffentlicht.

Zu den Reiseberichten auf unserer Homepage: [Studienreise Deutschland](#), [Studienreise Westbalkan](#)

Zusammenarbeit im Forum Menschenrechte

Die BAfF ist Mitglied im Forum Menschenrechte und dadurch vernetzt mit über 50 deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich für einen besseren und umfassenden Menschenrechtsschutz einsetzen – weltweit, in einzelnen Weltregionen, Ländern und in Deutschland. Im Forum Menschenrechte sind verschiedene Arbeitsgruppen dafür verantwortlich, gemeinsame Stellungnahmen und Materialien zu erarbeiten sowie Aktionen, öffentliche Veranstaltungen und Gespräche mit Expert*innen vorzubereiten. **BAfF-Vorsitzende Elise Bittenbinder ist Vertreterin im Koordinationskreis (Ko-Kreis) und arbeitet aktiv in der Arbeitsgruppe zur Innenpolitik der Bundesregierung mit.**

4. Recht

Abschiebungen trotz schwerer Erkrankungen verhindern

Im Koalitionsvertrag hat sich die Ampel-Regierung darauf geeinigt, bestehende Bleiberechtsregelungen zu verbessern. Im Dezember 2022 ist das „Chancen-Aufenthaltsrecht“ in Kraft getreten. Menschen, die seit dem 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, können innerhalb von 18 Monaten die Voraussetzungen für eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erfüllen. In einem Statement hat die BAfF das geplante Gesetz analysiert und zentrale Punkte herausgearbeitet. U.a. müssen die Anforderungen niedrigschwellig ausgestaltet werden. Denn gerade für Menschen, die psychisch belastet sind und jahrelang durch restriktive Regelungen an einer Integration in den Arbeitsmarkt gehindert worden sind wird es eine große Herausforderung sein, diese Kriterien für ein dauerhaftes Bleiberecht zu erfüllen – besonders unter den Voraussetzungen der Corona-Pandemie.

[Zum Statement „Abschiebungen trotz schwerer Erkrankungen verhindern“](#)

Gesetzentwurf Chancen-Aufenthaltsrecht

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat im Juni 2022 einen Gesetzesentwurf zum Chancen-Aufenthaltsrecht vorgelegt und löst damit eine wichtige Einigung aus dem Koalitionsvertrag ein. So sollen Menschen, die sich seit mindestens fünf Jahren geduldet in Deutschland aufhalten und zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, nicht straffällig geworden sind und nicht über ihre Identität getäuscht haben, eine einjährige Aufenthaltserlaubnis erhalten. Das Gesetz könnte jedoch viele Menschen aufgrund der hohen Hürden ausschließen.

[Zum Statement „Chancen-Aufenthaltsrecht: Perspektiven schaffen“](#)

Stellungnahme Referent*innenentwurf BMI

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag einen Paradigmenwechsel in der Asyl- und Migrationspolitik angekündigt. In dem vom BMI vorgelegten Referent*innenentwurf eines „Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren“ werden die Belange von Personen mit besonderem Schutzbedarf aber größtenteils ausgeklammert.

[Zur „Stellungnahme Referent*innenentwurf BMI“](#)

Statement zur Instrumentalisierungsverordnung

Die vorgelegte Instrumentalisierungsverordnung sieht vor, die Asylverfahrens-, Unterbringungs- und Versorgungsstandards dramatisch abzusenken. Die Gefahr für illegale, gewaltsame Push-Backs steigt und selbst schwer traumatisierte Menschen, Familien und allein reisende Kinder dürfen bis zu fünf Monate inhaftiert werden.

Als Dachverband der 47 Psychosozialen Zentren für Geflüchtete und Überlebende von Folter fordern wir die Bundesregierung gemeinsam mit 35 weiteren Organisationen dazu auf, das Recht an den europäischen Außengrenzen einzuhalten.

[Zum „Statement zur Instrumentalisierungsverordnung“](#)

Rechtliche Beratung

Aufgrund der Komplexität der gesundheitsrechtlichen Bestimmungen für Asylsuchende ergeben sich oftmals eine Reihe an Fallstricken für die Beantragung und Kostenübernahme von Psychotherapien. Es kommt vor, dass Kostenübernahmen für Psychotherapien nicht beantragt oder Anträge fälschlicherweise von den Sozialbehörden abgelehnt werden. Die Änderungen im AsylbLG der letzten Jahre führen immer noch zu offenen Fragen in der Unterstützungsarbeit mit geflüchteten Menschen. Die BAfF unterstützt daher die PSZ bei rechtlichen Fragestellungen und durch die juristische Aufarbeitung von politischen Forderungen.

5. Gesundheits- und sozialpolitische Lobbyarbeit

Auch im Jahr 2022 hat die BAfF zahlreiche Kooperations- und Vernetzungsgespräche mit einer Vielzahl an Akteur*innen geführt, um die Arbeit der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer zu stärken und die fachlichen Standards für die psychosoziale Arbeit mit Geflüchteten in den fachöffentlichen und politischen Raum zu transportieren.

Dazu gehörte der regelmäßige Austausch mit psychologischen und medizinischen Fach- und Dachverbänden sowie den Verbänden der Wohlfahrt.

Zudem wurden strategische Vernetzungstreffen mit relevanten internationalen Netzwerken veranstaltet, u.a. im Rahmen einer Vernetzungsreise zum Headquarter des International Rehabilitation Council for Torture Victims (IRCT) in Kopenhagen, Dänemark.

6. Veranstaltungen

BAfF-Tagung in Leipzig

Vom 15.- 16. Mai 2022 fand die BAfF-Jahrestagung statt, dieses Mal in Leipzig in Kooperation mit dem PSZ Leipzig. Der Titel der Tagung lautete "Posttraumatisches Wachstum? Unterstützung von Transformationsprozessen nach Trauma und Krisen".

Posttraumatisches Wachstum beschreibt das Phänomen, dass traumatische Erfahrungen nicht nur negative psychische und soziale Folgen, sondern auch positive Entwicklungsprozesse zur Folge haben können. Dieser Perspektivenwechsel bildet seit den 1990er Jahren in der Psychologie ein Gegengewicht zum defizitären oder störungsorientierten Blick auf Trauma.

Wenn wir dieses Konzept auf den Bereich Flucht und Gewalt anwenden, befinden wir uns auf einer Gratwanderung: Auf der einen Seite ergeben sich Möglichkeiten und Hoffnung, selbstbestimmt und gestärkt aus massiven Gewalterfahrungen heraus zu treten, das Verlassen der „Opferrolle“ von innen und von außen. Auf der anderen Seite lauert die Gefahr der Relativierung von Menschenrechtsverletzungen, Naivität mit Blick auf die strukturelle Gewalt auch in Europa, die das „post“ im Posttraumatischen Wachstum ad absurdum führt. Wer entscheidet, dass es Hoffnung gibt? Was braucht es dafür?

Auf dieser BAfF-Tagung haben wir also den Blick nach innen gerichtet und uns gefragt: Wie können Individuen und Gesellschaften mit vielfachen Krisen so umgehen, dass ein gutes Leben nach und mit der Gewalt möglich wird? Dabei wurden wertvolle Impulse zu den Auswirkungen von Rassismus, Antisemitismus und struktureller Gewalt gesetzt.

Mitgliederversammlung & interne Tagung

Vom 7.- 8. November 2023 fand in Berlin die jährliche Mitgliederversammlung mit anschließender interner Tagung statt. Zu der zweitägigen Veranstaltung kamen Mitarbeiter*innen der Psychosozialen Zentren, der Vorstand und die Mitarbeiter*innen der BAfF-Geschäftsstelle in Berlin zusammen, weitere Teilnehmer*innen waren online über Zoom zugeschaltet.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurden auch die „Leitlinien für Beratung und Therapie mit qualifizierter Sprachmittlung“ durch die Mitgliedschaft verabschiedet.

[Die Leitlinien für Beratung und Therapie mit qualifizierter Sprachmittlung als PDF](#)

Fortbildungen der BAfF-Akademie

Die BAfF-Akademie hat aufgrund der Pandemie und damit verbundenen Kontakt-Restriktionen im Jahr 2021 keine zentralisierten Schulungen in Berlin angeboten. Die BAfF hat sich jedoch auf die digitale Durchführung von Schulungen und Workshops einstellen können und eine Vielzahl von Veranstaltungen zum Thema Traumasensibilität durchgeführt.

7. Publikationen und Veröffentlichungen im Jahr 2022



Flucht & Gewalt. Psychosozialer Versorgungsbericht Deutschland 2022

Der neue Versorgungsbericht der BfF zeigt, dass Menschen mit Fluchterfahrung in Deutschland nicht angemessen (psycho-)therapeutisch versorgt werden. Wie schon in den Jahren zuvor wird dadurch die Dringlichkeit psychosozialer Hilfe für geflüchtete Menschen in Deutschland deutlich. Die Daten zeigen aber auch den ungedeckten Versorgungsbedarf, den es in Deutschland für die psychosoziale Begleitung von geflüchteten Menschen gibt.

[Der Versorgungsbericht als PDF](#)



Mächtige Narrative - was wir uns (nicht) erzählen

Was hat es mit der Annahme auf sich, dass Trauma im Kontext Flucht zu Gewalt führt? Und welche Rolle spielt hier Kultur(alisierung)? Die Publikation „Mächtige Narrative – Was wir uns (nicht) erzählen“ ist ein Versuch, sich dem Thema anzunähern. Auf der Grundlage von Dialogforen und mit dem Anspruch, weder Tabus noch Stereotype zu reproduzieren, widmen sich die Autor*innen verschiedener Fragestellungen.

[Mächtige Narrative – was wir uns \(nicht\) erzählen als PDF](#)



Psychosoziale & psychiatrische Versorgung geflüchteter Menschen in den ostdeutschen Bundesländern 2022. Eine Bestandsaufnahme

Neue Daten zeigen die Hürden in der psychosozialen & psychiatrischen Versorgung von geflüchteten Menschen in Ostdeutschland.

[Der Versorgungsbericht Ostdeutschland als PDF](#)



Connected in Transit. Insights into practical work with refugees and migrants

Die Publikation ermöglicht einen Einblick in die Perspektiven der Praktiker*innen im Feld der psychosozialen Unterstützung von Geflüchteten und Migranten in den westlichen Balkanstaaten und in Deutschland.

[Connected in Transit als PDF](#)



Positionspapier Sprachmittlung

In einem Positionspapier fordern wir gemeinsam mit weiteren Organisationen in einem Bündnis, die Sprachmittlung in Beratung und Therapie sicherzustellen und so geflüchteten Menschen einen diskriminierungsfreien Zugang zu Sozial- und Gesundheitsleistungen zu ermöglichen.

[Positionspapier Sprachmittlung als PDF](#)



Leitlinien Sprachmittlung

Die Leitlinien der BAfF für Beratung und Therapie formulieren Standards, wie qualifizierte Sprachmittlung in den PSZ praktiziert wird und definieren gemeinsame Mindestanforderungen und orientierende Empfehlungen an Therapeutinnen, Beraterinnen und Sprachmittelnde in der dolmetscher-gestützten Beratung und Therapie. Die Leitlinien wurden gemeinsam mit den Mitgliedern der BAfF erarbeitet und auf der Mitgliederversammlung 2022 verabschiedet.

[Leitlinien Sprachmittlung als PDF](#)

8. Mitgliedszentren der BAfF

Baden-Württemberg

BFU Ulm – Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm

Wagnerstraße 65 | 89077 Ulm
bfu@rehaverein.de | www.bfu-ulm.de

PBV Stuttgart – Psychologische Beratungsstelle für politisch Verfolgte und Vertriebene

Schloßstraße 76 | 70176 Stuttgart
pbv@eva-stuttgart.de | <http://www.eva-stuttgart.de/fluechtlinge-mit-traumaerfahrung.html>

Refugium Freiburg – Psychosoziale und medizinische Beratung und Koordinierung für Geflüchtete

Adelhauser Straße 8 | 79098 Freiburg
refugium@caritas-freiburg.de | <https://www.refugium-freiburg.de/>

Refugio Stuttgart e.V. – Psychosoziales Zentrum für traumatisierte Flüchtlinge

Weißenburgstr.13 | 70180 Stuttgart
info@refugio-stuttgart.de | www.refugio-stuttgart.de

Refugio Villingen-Schwenningen – Kontaktstelle für traumatisierte Flüchtlinge e.V.

Schwedendammstraße 6 | 78050 Villingen-Schwenningen
info@refugio-vs.de | www.refugio-vs.de

Traumanetzwerk Lörrach – Caritasverband Landkreis Lörrach

Haagener Straße 17 | 79539 Lörrach
Paulo.silva@caritas-loerrach.de | www.traumanetz-loe.de

Nadia-Murad-Zentrum

Bahnhofstraße 8 | 79539 Lörrach
nazmije.mahmutaj@diakonie.ekiba.de | www.diakonie-loerrach.de/migration/psychosoziales-zentrum

PSZ Nordbaden

Postfach 110210 | 76052 Karlsruhe
info@psz-nordbaden.de | www.hilfe-fuer-opfer.de/psz

Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten e. V. Karlsruhe

Alter Schlachthof 59, Eingang im Hof, 1.Stock | 76131 Karlsruhe
trauma-migranten@web.de | www.traumatisierte-migranten.de/index.html

Bayern

PSZ Nürnberg – Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge

St.-Johannis-Mühlgasse 5 | 90419 Nürnberg
buellesbach.charlotte@rummelsberger.net | <http://migration.rummelsberger-diakonie.de/beratung/psychosoziales-zentrum/>

REFUGIO München – Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer e.V.

Rosenheimer Straße 38 | 81669 München
office@refugio-muenchen.de | www.refugio-muenchen.de

Berlin

Zentrum ÜBERLEBEN gGmbH

Turmstraße 21 | 10559 Berlin
info@ueberleben.org | www.ueberleben.org

XENION Berlin – Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte

Paulsenstraße 55/56 | 12163 Berlin
info@xenion.org | www.xenion.org

Fachstelle für LSBTI* Geflüchtete – Schwulenberatung Berlin

Wilhelmstraße 115 | 10963 Berlin
refugees@schwulenberatungberlin.de | <https://www.schwulenberatungberlin.de>

MeG betreutes Wohnen gGmbH, Psychosoziale Unterstützung und Therapie für Migrant*innen erster Generation

Turmstraße 21 | 10559 Berlin; Grimmstraße 16 | 10967 Berlin
c.kruse@meg-betreutes-wohnen.de | <https://www.meg-betreutes-wohnen.de/ueber-uns.html>

Brandenburg

Behandlungsstelle für traumatisierte Flüchtlinge, Fürstenwalde – KommMit e.V.

Turmstraße 21 | 10559 Berlin
m.misselwitz@kommit.eu | <http://www.bbzberlin.de/projekte/kommit-brandenburg.html>

Bremen

REFUGIO Bremen – Psychosoziales Zentrum für ausländische Flüchtlinge e.V.

Außer der Schleifmühle 53 | 28203 Bremen
info@refugio-bremen.de | www.refugio-bremen.de

Hamburg

haveno

Seewarterstraße 10 | 20459 Hamburg
info@haveno.de | www.haveno.de

PSB Flucht – Psychosoziale Beratung für Flüchtlinge

Königstraße 54 | 22767 Hamburg
psb-flucht@diakonie-hamburg.de | <https://www.diakonie-hamburg.de/de/visitenkarte/PSB-Flucht-Psychosoziale-Beratung-fuer-Fluechtlinge-KT0000440>

Psychosoziales Beratungs- und Koordinierungszentrum SEGEMI

Ferdinandstraße 36 | 20095 Hamburg
info@segemi.org | <http://www.segemi.org/>

Lichtpunkt. Traumatherapie und Psychosoziales Zentrum

Ehrenberstr. 69 | 22767 Hamburg
info@lichtpunkt.org | <http://www.lichtpunkt.org/>

Hessen

Ev. Zentrum für Beratung und Therapie am Weißen Stein

Eschersheimer Landstraße 567 | 60431 Frankfurt/Main
beratungszentrum@frankfurt-evangelisch.de | <https://evangelischesfrankfurt.de/kirche/was-wir-bieten/hilfe/evangelisches-zentrum-f%C3%BCr-beratung-und-therapie-am-wei%C3%9Fen-stein/>

FATRA – Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil e.V.

Lindleystraße 15 | 60314 Frankfurt/Main
info@fatra-ev.de | www.fatra-ev.de

Mecklenburg-Vorpommern

Psychosoziales Zentrum für Asylsuchende und MigrantInnen in Vorpommern im Kreisdiakonischen Werk Greifswald e.V.

Kapaunenstraße 10 | 17489 Greifswald
psz@kdw-greifswald.de | www.psz-greifswald.de

Psychosoziales Zentrum Rostock für Geflüchtete & Migrant*innen

Paulstraße 48-55 | 18055 Rostock
psz@oekohaus-rostock.de | psz-rostock.de

Niedersachsen

IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle e.V.

Klävemannstraße 16 | 26122 Oldenburg
info@ibis-ev.de | www.ibis-ev.de

Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e.V. – NTFN

Marienstraße 28 | 30171 Hannover
info@ntfn.de | <http://www.ntfn.de/>

Nordrhein-Westfalen

MFH Bochum – Medizinische Flüchtlingshilfe e.V.

Glockengarten 1 | 44803 Bochum
info@mfh-bochum.de | www.mfh-bochum.de

Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge in der Städteregion Aachen (PÄZ Aachen e.V.)

Adalbertsteinweg 1 | 52070 Aachen
psz.ac@paez-aachen.de | <http://www.paez-aachen.de/psz.html>

PSZ Bielefeld – Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge

(Ev. Krankenhaus Bielefeld gGmbH und AK Asyl e.V.)
Friedenstr. 4-8 | 33602 Bielefeld
dallwitz@ak-asyl.info | <http://www.psz-bielefeld.de/>

Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge Dortmund

Lange Straße 44 | 44137 Dortmund
psz@awo-dortmund.de

Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf

Benrather Straße 7 | 40213 Düsseldorf
info@psz-duesseldorf.de | www.psz-duesseldorf.de

PSZ für Flüchtlinge Diakonie Mark-Ruhr

Bergstraße 121 | 58095 Hagen
psz-hagen@diakonie-mark-ruhr.de | <https://www.diakonie-mark-ruhr.de/unterstuetzung-und-beratung/migration-und-flucht/zuwanderungsberatung-hagen-en-kreis/>

Refugio Münster – Psychosoziale Flüchtlingshilfe

Hafenstr. 3-5 | 48153 Münster
info@refugio-muenster.de | www.refugio-muenster.de

Caritas Therapiezentrum für Menschen nach Folter und Flucht

Spiesergasse 12 | 50670 Köln
therapiefolteropfer@caritas-koeln.de | <https://www.caritas-koeln.de/hilfe-beratung/fluechtlinge-einwandernde/traumatisierte-fluechtlinge/ctz/>

Rheinland-Pfalz

IN TERRA – Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge, Mayen

Caritasverband für die Region Rhein-Mosel-Ahr e.V.
St. Veit-Straße 14 | 56727 Mayen
goepfert-m@caritas-mayen.de | http://migration.caritas-rhein-mosel-ahr.de/psz1_zentrum.htm

Ökumenische Beratungsstelle für Flüchtlinge, Trier

Dasbachstraße 21 | 54292 Trier
fluechtlingsberatung@diakoniehilft.de | <https://www.caritas.de/adressen/oek.-beratungsstelle-fuer-fluechtlinge-psychosozia/54292-trier/83774>

Psychosoziales Zentrum Pfalz

Diakonie Pfalz
Wredestr. 19 | 67059 Ludwigshafen
psz-pfalz@diakonie-pfalz.de | <https://www.diakonie-pfalz.de/aktuelles/nachrichten/detail/psychosoziales-zentrum-fuer-fluechtlinge-in-ludwigshafen.html>

Psychosoziales Zentrum für Flucht und Trauma

Caritasverband Mainz
Rheinallee 3a | 55116 Mainz
beratungszentrum@caritas-mz.de | <http://www.caritas-mainz.de/caritas-vor-ort/mainz/cbjz-st.-nikolaus/psychosoziale-zentrum-fuer-flucht-und-trauma>

PSZ Montabaur

Diakonisches Werk Westerwald
Vorderer Rebstock 50 | 56410 Montabaur
psz@diakonie-westerwald.de | <http://www.diakonie-westerwald.de/psychosoziales-zentrum-fuer-gefluechtete.html>

Saarland

PSZ Saarbrücken – Psychosoziales Beratungszentrum des Deutschen Roten Kreuzes

Hochstraße 110 | 66115 Saarbrücken
psz@lv-saarland.drk.de | <https://www.lv-saarland.drk.de/angebote/migration-und-integration/hilfen-fuer-traumatisierte-fluechtlinge/psychosoziales-zentrum-psz.html>

Sachsen

Psychosoziales Zentrum für Geflüchtete Leipzig

Mosaik Leipzig – Kompetenzzentrum für transkulturelle Dialoge e.V.
Peterssteinweg 3 | 04107 Leipzig
psz@mosaik-leipzig.de | www.mosaik-leipzig.de

Psychosoziales Zentrum Dresden

Projekt CALM Sachsen (das Boot gGmbH)
Friedrichstraße 24 | 01067 Dresden
psz.dresden@das-boot-ggmbh.de | <http://www.calm-sachsen.de/de/psz-dresden>

Psychosoziales Zentrum -Beratungsstelle Chemnitz

SFZ Förderzentrum gGmbH
Düsseldorfer Platz 1 | 09111 Chemnitz
psz@sfz-chemnitz.de

Sachsen-Anhalt

Psychosoziales Zentrum für Migrantinnen und Migranten Sachsen-Anhalt

Charlottenstraße 7 | 06108 Halle (Saale)
kontakt@psz-sachsen-anhalt.de | www.psz-sachsen-anhalt.de

Sudenburger Wuhne 4 | 39112 Magdeburg
kontakt@psz-sachsen-anhalt.de | www.psz-sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Psychosoziale Anlaufstelle für Geflüchtete

Am Alten Kirchhof 12 | 24534 Neumünster
bzm@diakonie-altholstein.de | <https://www.diakonie-altholstein.de/de/Beratungszentrum-Mittelholstein>

Brücke Schleswig-Holstein, Kiel

Zum Brook 4 | 24143 Kiel
psz@bruecke-sh.de | <http://www.bruecke-sh.de/index.php?idm=10.3065>

Thüringen

REFUGIO Thüringen – Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge e.V.

Standort: Erfurt

Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt
pszf-erfurt@refugio-thueringen.de | www.refugio-thueringen.de

Standort Jena:

Lassallestraße 8 | 07743 Jena

koordination@refugio-thueringen.de | www.refugio-thueringen.de

9. Vorstand und Geschäftsstelle der BAfF

Vorstand der BAfF

Die folgenden Personen gehören dem ehrenamtlichen Vorstand der BAfF an:

- Elise Bittenbinder, Vorstandsvorsitzende
- Prof. Dr. Heinz-Jochen Zenker, Stellvertretender Vorsitzender
- Marc Millies, Schatzmeister*in, Refugio Bremen
- Barbara Eßer, Beisitzer*in, PSZ Düsseldorf
- Hannah Krunke, Beisitzer*in, Zentrum ÜBERLEBEN
- Ulrike Schneck, Beisitzer*in, Refugio Stuttgart
- Jürgen Soyer, Beisitzer*in, Refugio München
- Dr. med Barbara Wolff, Beisitzer*in, Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil e.V. (FATRA)

Geschäftsstelle der BAfF

Die Mitarbeiter*innen der BAfF-Geschäftsstelle haben im Jahr 2022 mit unterschiedlichen Stellenanteilen von 8 – 39 Wochenstunden gearbeitet.

- Lukas Welz, Geschäftsleiter der BAfF
- Anna Bussmann-Welsch, Referentin für Rechtspolitik (bis März 2022)
- Laura Hilb, Referentin für Rechtspolitik (ab April 2022)
- Marie Melior, Referentin für Sozialrecht
- Annette Kieser, Projekt- und Finanzkoordinatorin
- Isabelle Hindenberg, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Leonie Teigler, Referent*in für Traumaarbeit und psychosoziale Versorgung
- Daniel Westphal, Finanzen und Buchhaltung (bis März 2022)
- Lisa vom Felde, Referentin für besondere Schutzbedarfe und psychosoziale Versorgung
- Yukako Karato, Referentin für Versorgungsanalyse
- Lenssa Mohammed, Referentin für Gesundheitswesen und psychosoziale Versorgung (bis September 2022)
- Dr. Katja Mériaux, Referentin für Psychotherapie und psychosoziale Versorgung
- Larissa Kunze, Referentin für internationale Zusammenarbeit
- Dr. Elisa Steinfurth, Diplom-Psychologin, Psychologische Psychotherapeutin
- Lea Flory, Diplom-Psychologin, M.A. Friedens- und Konfliktforschung, Mediatorin (bis Januar 2022)

10. Dank

Wir sind unseren Partner*innen, Förderern und Mitgliedern für die Zusammenarbeit im Jahr 2022 unendlich dankbar. Die fachliche und finanzielle Unterstützung war sehr unterstützend, wir konnten unsere Arbeit fortsetzen und wichtige Vorhaben weiterverfolgen.

All unser Einsatz für das Menschenrecht auf Gesundheit, für die psychosoziale Versorgung von Überlebenden von Krieg, Folter und Flucht wäre ohne die finanzielle Unterstützung nicht möglich gewesen. Die BAfF ist als gemeinnütziger Verein auf die finanziell unterstützte Projektarbeit und auf Spenden angewiesen. Auch sind wir dankbar mit so vielen Organisationen der Zivilgesellschaft und Kooperationspartner*innen zusammenarbeiten zu können, und dadurch viele Einblicke in deren Arbeit zu erhalten, umso voneinander lernen und sich gegenseitig stärken zu können.

Wir danken allen Fördermitgliedern und Spender*innen der BAfF für die Unterstützung und das Vertrauen, das uns damit entgegengebracht wird. Und wir danken unseren Mitgliedszentren und allen Mitarbeiter*innen der Psychosozialen Zentren für ihre großartige Arbeit, ihr Interesse am gemeinsamen Austausch und die vielen Impulse aus der praktischen Arbeit mit Klient*innen. Nur so können wir weiter an einem diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung für geflüchtete Menschen arbeiten.

Die Arbeit der BAfF wurde 2022 unter anderem gefördert durch:



Europäische Union



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Auswärtiges Amt



This project received fundin from the European Union 's Horizon 2020 research and innovation programme under grant agreement No. 822401

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.



Deutschland
für den UNHCR.

